

BUCHBESPRECHUNG

Raubzug Ost

von Klaus Huhn

Wie die Treuhand die DDR plünderte (Edition Ost. 9,90 Euro)

von Georg Kausch (in FW Nr. 40 Mai-Juli 2010)

Es ist nicht meine Absicht, hier ein nichtfreiwirtschaftliches Buch zu besprechen. Es geht in unseren Rundbriefen gegen das kapitalistische System, das Deutschland und das deutsche Volk rücksichtsloser denn je beherrscht. Wenn die marxistische Theorie des Kapitalismus richtig wäre, wäre das Wirtschaftssystem der DDR nicht zusammengebrochen, hätten seine Lenker das westliche Großkapital glänzend besiegt. Es ist nun einmal Tatsache, daß ihr Fall von ihrer Geldverwaltung ausging und die Plünderung dieser Staatsleiche ohne das kapitalistische Geldsystem nicht möglich war.

Nur in der Kritik des Kapitalismus, seiner Ausbeuter und Nutznießer besteht kein Unterschied zwischen Sozialisten und Freiwirten. Huhns Buch enthüllt, wie die von allen Deutschen herbeigesehnte Wiedervereinigung von seiner demokratisch-sozialistisch-kapitalistischen Herrschicht im Bunde mit von ihnen gekauften Medien und charakterlosen Politikern ausgenutzt wurde, um das deutsche Volk systematisch zu berauben. Ein in solchem Umfang in der deutschen Geschichte seit 1300 Jahren nicht wiederholter Vorgang.

Ich habe „Raubzug Ost“ immer wieder nach einigen wenigen Seiten Lesens tagelang fortgelegt. Die von ihm beschriebene Ungeheuerlichkeit dieses Raubzuges ist empörend. Es überstieg mein Vorstellungsvermögen, daß Menschen gegen Mitmenschen solche Gemeinheiten fertig brachten wie von Klaus Huhn geschildert. Ich meinte immer, so schlecht könnten Menschen in Deutschland nicht sein, mit kalter Gewissenlosigkeit über die Existenz ihrer deutschen Landsleute in Ost und West zu trampeln. Unfaßbar die Niedertracht, öffentlich von einen „Aufschwung Ost“ zu reden, aber im selben Atemzug Millionen wehrlose Volksgenossen zu Almosenempfängern zu machen. Ich hätte es hingenommen, wenn einige Skrupellose sich an der Wiedervereinigung eine goldene Nase verdienten, denn raffgieriges Geschmeiß findet sich in jedem Lande und bei jedem geschichtlich bedeutendem Ereignis. In jedem normalen Rechtsstaat hätte man sie abgeschüttelt, zur Rechenschaft gezogen und für einige Jahre eingesperrt. Aber wie Huhn bemerkt, hat der Hunderte-Milliarden-„Raubzug Ost“ mit Hilfe der Bonner Regierung Kohl nicht einen einzigen ins Gefängnis gebracht.

Klaus Huhn, ehemaliger höherer- aber nicht hoher-SED-Funktionär am „Neuen Deutschland“, gehörte offensichtlich zu jenem Teil des DDRSED Apparates, der an den Sieg des dialektischen Materialismus bis zuletzt glaubte, 1990 als „Mittläufer“ an dem großen Geschäft nicht beteiligt wurde und deshalb leer ausging. Weil er nämlich Jahre zu spät lernte, was in eingeweihten Kapitalistenkreisen im Verbund mit einem engen Zirkel seiner kommunistischen (wenn man will: sozialistischen) Obergengenossen bei der „Liquidation“ der DDR gespielt wurde. Vielleicht auch, weil er aus irrigen Idealvorstellungen zu viel Gewissen hatte. Wenn hieraus eine Einsicht zu schöpfen wäre, dann die, daß mit diesem Raub-, Betrugs- und Ausbeutesystem endlich Schluß gemacht werden muß, wenn nötig, mit Gewalt. Dem ehemaligen Kommunisten Huhn werden solche Gedanken bei der Arbeit an seinem Buch gewiß gekommen sein. Dennoch scheint, daß er seine auf Karl Marx fußende Schulung bis heute nicht als verdummende Irrlehre durchschaut. Mit Bitterkeit heißt es da einleitend:

*„Zu den finstersten Kapiteln der jüngeren deutschen Geschichte gehört das Wirken der [Treuhandanstalt](#). Allerdings trifft hier keineswegs zu, was deutsche Historiker über den 9. November 1989 sagen: Dieses Thema sei ‚überforscht‘. Warum die gelegentliche Beschäftigung mit der Treuhand und ihrer Nachfolgeorganisationen allenfalls oberflächlich und ohne Konsequenzen blieb, liegt auf der Hand: Es handelte sich um einen **staatlich sanktionierten Raubzug**, der sowohl ideologisch als auch kapitalistisch motiviert war....Klaus Huhn ruft einige gravierende Beispiele in Erinnerung, über die die herrschende Klasse gern Gras wachsen lassen möchte. Insbesondere in jenem Jahr, in dem man sich jubelnd dem 60. Jahrestag der Bundesrepublik und dem 20. Jahrestag des ‚Falls der Mauer‘ hinzugeben wünscht und, vor allem, sich an den Wahlurnen demokratisch legitimieren möchte.“*

Wir haben schon früher mitgeteilt, daß die SEDRiege nicht nur Milliarden DM vor dem Mauerfall aus der DDR in den kapitalistischen Westen verschob, sondern mit der Kohl-Regierung gemeinsame Sache machte, das Volksvermögen der DDR mittels Währungsunion, DDRStaatsbank und Treuhand zu veruntreuen. Denn so dumm waren die Drahtzieher hinter Krenz und Modrow gewiß nicht, sich von westlichen Politikern diplomatisch überfahren zu lassen, obwohl sie ihre Schandgesetze heute gerne so darstellen möchten. Alle zur geplanten Schiebung erforderlichen Gesetze wurden in der Volkskammer beschlossen und nicht im Bonner Bundestag.

„Und so wurden die 13.643 Unternehmen, die Eigentum der Bevölkerung der DDR waren“ (Huhn schämt sich offenbar, das Wort „Deutsche“ zu gebrauchen) „verhökert, verscherbelt, verschenkt, ruiniert. Gewissenhafte Staatsanwälte, die die damit verbundenen Ungesetzlichkeiten“ (müßte richtig heißen: Verbrechen) „hätten verfolgen sollen, hätten selbst in Kompaniestärke ein Leben lang zu tun gehabt, die Straftaten zu Papier zu bringen.“

„Dazu kam es nie, weil ja- wie Frau Breuel gestand- die ‚größte Abwicklung‘ in Auftrag gegeben worden war. Und zwar von der Bundesregierung, die dazu die Treuhand installierte und die Konzernbosse zur Treibjagd einlud.“

Der erste Treuhandchef, Dieter Karsten Rohwedder gab unumwunden zu: „Es war die Politik der Treuhandanstalt, die Millionen Ostdeutsche“ (richtig: Mitteldeutsche) „den Arbeitsplatz kostete, die wohlmeinende westdeutsche Investoren verschreckte, die ganze Regionen in den neuen Bundesländern entindustrialisierte, die Glücksritter bereicherte und den deutschen Steuerzahler noch lange Zeit viel Geld kosten wird.“

Rohwedder, von Kohl auf diesen Posten berufen, erwies sich offenbar für die Pläne als zu gewissenhaft, zu anständig. Es ging ja um hunderte von Milliarden D-Mark, und wenn es um Milliarden geht, sind Leichen eine zwangsläufige Beigabe. Da es keinen Vorwand gab, ihn wegzujagen, wurde Rohwedder kurzerhand erschossen. Mafia-Methoden! Kohl ernannte daraufhin seine Kumpanin Birgit Breuel, ehemals eine miese Wirtschaftsministerin, zur Treuhandchefin. Die stellte sich treu hinter Kohl und dem großen Raubzug nicht in den Weg.

Es fällt schwer, aus den vielen Groß-Schiebungen hier einige beispielhaft für unsere Leser auszuwählen, denn „die Leichenfledderei war beispiellos. Die von allen aufsehererregenste war zweifellos der völlige Ruin der [thüringischen Kaliindustrie](#). Wenn man dazu erfährt, daß 88% der Kaliförderung wegen seiner hervorragenden Qualität in westlichen Ländern verkauft wurden, daß der Absatz nach der Wiedervereinigung sogar noch zunahm, sollte feststehen, daß dieses Unternehmen auch weiterhin um seine Marktchancen nicht sorgen mußte.

Aber gerade solche Betriebe standen auf der Abschußliste des westlichen Großkapitals. Die Wiedervereinigung wurde von ihm entschieden anders betrachtet als vom deutschen Volke. Die Strategie der Geldmacht ist nicht so gradlinig wie mancher Leser oder die thüringischen Bergleute sich damals vorstellten: Etwa Übernahme durch einen Westkonzern und Überleitung der Gewinne in die Taschen westlicher Aktionäre. Nein, weit gefehlt! Richtige Finanzhyänen denken und organisieren im Sinne des Kapitalismus! Das heißt: Beschränkung des Warenangebots durch gewaltsame Vernichtung der Wettbewerber. Zweck: Aufwertung und Gewinnvermehrung des eigenen Kapitalbesitzes. Das ist ein eminent politisches Programm, und ohne engste persönliche Beziehungen zu den politischen Machthabern ist es nicht zu erreichen.

„Hinter den Kulissen war längst ein... Pakt ausgetüftelt worden... die Treuhand und ihre Komplizen hatte alle Gründe, die Operation nach allen Regeln der Kunst zu verschleiern... Da sich“ (angeblich) „kein Käufer für die DDR-Gruben fand, mussten die Mitteldeutsche Kali AG und die“ (hessische) „Kali+Salz AG, die der BASF gehört, ‚fusionieren‘.“

„Stutzig machen musste jedoch, daß ein zweiter Blick- nämlich in den entsprechenden Vertrag verwehrt wurde. Die Akte wurde mit höchster Geheimhaltungsstufe bedacht... Die von der Treuhand, Frau Breuel und Herrn“ (Bundewirtschaftsminister) „Rexrodt verhängte Geheimhaltung hatte jedoch Lücken und so sickerte durch, wie der Raubzug kaschiert werden sollte:

Trick1: Die Kasseler BASF-Tochter tritt der Mitteldeutschen Kali AG bei, wird also über Nacht ein Ostbetrieb.

Trick2: Sie behält dennoch 51% der Anteile der neuen Gesellschaft, während die übrigen 49% bei der Treuhand bleiben.

Trick3: Die Treuhandanstalt verpflichtet sich im ‚Fusionsvertrag‘ in den ersten drei Jahren 90% aller Defizite- **unabhängig von der Ursache**- zu tragen, im vierten Jahr 85% und im fünften 80%.

Diese drei Tricks sind derart unglaublich, daß man sie für eine Serie von Druckfehlern halten könnte... Noch einmal im Klartext: Ein Westkonzern siedelt sich im Osten an. Die ihm in den folgenden Jahren dort entstehenden Verluste“ (sie waren also von vornherein eingeplant!)“ gleicht der deutsche Steuerzahler aus, dessen Geld auf dem Umweg über den Staatshaushalt in die Kasse der Treuhand fließt. Die Treuhand kann logischerweise nur im Osten Verluste ausgleichen, weshalb der pure Westkonzern in den Osten ‚fusionierte‘.“

Der Leser erkennt jetzt, warum die gewinnträchtigen Thüringer Kaligruben „über Nacht“ zum Verlustgeschäft der Treuhand wurden und- mit deren Zustimmung selbstverständlich- zumachen mußten. Gemäß diesem ‚Vertrag‘ hat die BASF für diesen Gaunerstreich der Treuhand nicht eine Mark bezahlt, im Gegenteil, sie kassierte. Und der Zweck? Eine unbequeme Konkurrenz mit besseren Erzeugnissen wurde beseitigt zugunsten der schlechten. 7500 Mann wurden „über Nacht“ brotlos. Huhn erwähnt, daß das europaweite, weitgehend geheime Kalikartell dahinter steckte. Aber das ist keine Entschuldigung für deutsche Manager im Geld schwimmender Konzerne und höchster Politiker der gesamtdeutschen Regierung, ihre ‚befreiten Landsleute‘ aus Geldgier und moralischer Verkommenheit- zu verraten.

Der Unternehmer Johannes Peine wollte die Gruben übernehmen und weiterführen. Huhn zitiert dazu das Düsseldorfer ‚Handelsblatt‘: *„Nach dem Fusionsvertrag hat sich die Treuhand verpflichtet, ihn wie auch potentere Interessenten draußen vor der Tür zu halten.“*

Dieses Komplott schlug weite Wellen, nicht nur in Thüringen. Die Bergleute von Bischofferode rebellierten, traten in Hungerstreik, demonstrierten in Berlin, natürlich vergeblich. Die ‚gesamtdeutschen‘ Politiker, mit dem ‚Aufschwung Ost‘ belastet, mußten sie beruhigen.

*„Die Versprechungen waren zahlreich. Kanzler Kohl bemühte das Blaue vom Himmel, Rita Süßmuth garantierte Trost und Hilfe, Ministerpräsident Vogel präsentierte 700 Arbeitsplätze aus dem Nichts, und die IG Bergbau ‚mahnte‘ in aufwändigen Anzeigen die Kollegen, auf Hungerstreik und Widerstand zu verzichten. Alle einte die Sorge, es könne zu einer **sozialen Detonation** kommen“.*

Mir hat Jahre nach diesen Ereignissen, die die bundesdeutsche Öffentlichkeitsarbeit erst herunterspielte und fortan mit tiefem Schweigen zudeckt, ein PDS-Mann erzählt, daß das mitteldeutsche Volk damals tatsächlich nahe an einem Aufstand wie am 17. Juni 1953 stand. Es gab Entschlossene, die zu den Waffen greifen wollten, weil sie sahen, daß sie mit Bitten an die demokratisch gewählten Repräsentanten gar nichts erreichten, ja nicht einmal bei ihrer eigenen Gewerkschaft. Es ist auch bekannt, daß aus dem Untergang der Volksarmee viele Waffen in Privathände fielen und heimlich aufbewahrt werden. Die Wiedervereinigung, wie sie von Kohl und Konsorten gelenkt wurde, hätte dann sicherlich einen anderen Lauf genommen. Sehr fraglich ist, ob die Bundeswehr auf ihre eigenen Volksgenossen geschossen hätte. Das ZK der SED mußte ja auch im November 1989 aufgeben, weil die NVA als nicht mehr zuverlässig angesehen würde, und das blutige Beispiel von Bukarest, wo ja auch Bergleute die Spitze der Rebellion bildeten, dürfte sogar in Zukunft den Bonzen Furcht vor dem Volk einflößen.

Der Fall der DDR-Kaliindustrie hat viele Parallelen. Die Eingeweihten gingen offensichtlich nach einem geheim beschlossenen Schema vor. Die weltberühmte [Filmfabrik Wolfen](#), die den Markennamen AGFA ursprünglich führte, wo schon 1936 der erste Farbfilm der Welt entstand, wurde ebenso hinterhältig erledigt und wiederum tausende von Beschäftigten auf die Straße geworfen. Auch die Filmfabrik Wolfen arbeitete erfolgreich, stand entwicklungstechnisch gut und hatte beträchtlichen Absatz im Westen. Auch hier sind die gleichen Intrigen der „kriminellen Treuhand“ (laut Huhn) nachgewiesen.

„Der für die Filmfabrik Wolfen verantwortliche Abteilungsleiter war Treuhand-Direktor Prof. Schraubstätter....Er kam... von der AGFA (West) Eigentümerin, der Leverkusener Bayer AG zur Treuhand. Dort durfte er dann über die Zukunft des Konkurrenz-Betriebes, der Filmfabrik Wolfen, mitentscheiden.“

Man kann sich bereits denken, wie dieser in die Treuhand eingeschleuste hochbezahlte Bayer-Agent- plus eine ganze Reihe anderer aus Leverkusen- die VEB Filmfabrik „betreuten“. Finanzmittel wurden entzogen oder verweigert, Wolfener Neuentwicklungen aufgekauft, die Produkte öffentlich schlecht gemacht, Kunden verunsichert- Bayer-Agenten im Westen arbeiteten planmäßig in dieser Richtung-, Beschäftigte entlassen, alle Gegenvorstellungen und Pläne abgewiesen. Wolfen-Betriebsrat Rönike: *„In einer Beratung im April bei Herrn Dr. Schucht wurde uns eindeutig gesagt, daß die Treuhand die Zielstellung hat, im Dezember 1992 entweder zu privatisieren oder zu liquidieren.“*

Und es geschah also im Sinne des Chemie-Giganten BAYER. Ein ähnlicher „Fall“ ist „Die GRW-Kriminal-Posse“: „GRW“ steht für [Teltower Geräte- und Regler-Werk](#). Es wurde für 1.-DM „verkauft“. Die Schiebung wurde durch einen SPIEGEL-Artikel ruchbar und löste beträchtliches Aufsehen aus. In einer Pressekonferenz, der sogar der Bundesfinanzminister Waigel beiwohnte (*„Waigel lobte die Treuhand“*, berichtet Huhn dazu), erklärte Treuhandsprecher Schöde: *„Der Kaufpreis von einer D-Mark, der die Gemüter so erregt, sei gar nichts Ungewöhnliches in der Treuhand-Verkaufspraxis, vielmehr ziemlich etwas Normales.“*

Wir alle hätten für eine D-Mark eine renommierte Fabrik gekauft! Offensichtlich wurden nur unter Eingeweihten, hinter verschlossenen Türen, guten Kumpels der Treuhand, solche Preise vereinbart und Werke verkauft. *„Wirtschaftsprüfer ermittelten für die GRW einen Wert von 73 Millionen Mark.... Treuhand-Direktor Lang habe zweifellos Volksvermögen verschleudert, sagte ein Wirtschaftsprüfer.“* Auch diese Fabrik wurde dem Erdboden gleichgemacht und dient seitdem als Objekt einer wüsten Grundstücksspekulation. Denn wir wollen nicht vergessen, der DDR-Boden war überwiegend ‚Volkseigentum‘, hier konnten nach dem ‚Einigungsvertrag‘ West-Schieber das meiste Geld raffen- wie vor über 1300 Jahren Karl der Große Germaniens Boden für die Kirche eroberte. Damals wurden wir Christen, heute ist das vorgegaukelte Ideal Europäische Union, ‚freie‘ Demokratie und materieller Wohlstand (für wen?). Auf diese Weise wurden nicht nur volkseigene Industrieanlagen für wenig, noch weniger und umsonst verschleudert, nein, die Treuhand warf noch Geld hinterher: Sie leistete beträchtliche (hunderte Millionen DM) „Anschubfinanzierungen“ für diejenigen, die versprachen, *„Arbeitsplätze wenigstens teilweise zu erhalten.“* Solche Versprechen wurden gerne gegeben. Gehalten wurde fast keins. Die Vertragsstrafen waren gewöhnlich nur

ein Bruchteil der Treuhand-Vorschüsse. Oder die Schieber versteckten ihre ergaunerten Gewinne schnellstens in Tochterfirmen und schickten die Vertragsfirma in den Konkurs.

Es versteht sich von selbst, daß in so einem Milieu die Ehrlichkeit der Treuhand- "Angestellten" und ihr moralischer Widerstand gegen Selbst-Bereicherung auf eine harte Probe gestellt ist. Wir haben gesehen, daß das höhere Personal entweder von der Bundesregierung ausgesucht oder von finanziell mächtigen und interessierten Westfirmen gestellt wurde. Ob eine charakterliche personelle Überprüfung vor der Einstellung bzw. eine finanzielle nach dem Ausscheiden stattgefunden hat, ist noch niemals behauptet worden. Die Treuhand-Personalpolitik war dunkel und wurde nie untersucht. Was in den Amtsräumen vor sich ging, zeigt das Zitat in Huhns Buch:

„Der Treuhandausschuß stellte fest, daß bis zum 5.Juli 1994 204 Millionen DM Honorare für 132 Liquidatoren, die nur für die Zentrale tätig waren, gezahlt wurden. Aber allein zehn dieser Glücksritter teilten sich mit über 122 Millionen allein über die Hälfte dieser Honorarsumme.“ Die schauerliche Korruption, die in Huhns Buch durchscheint, läßt die Frage nach der demokratischen Verantwortung dem deutschen Volke gegenüber offen. Mit der Verantwortung, die sie übernehmen würden, brüsteten sich alle, die an der Treuhand hantierten. Niemand konnte etwas geschehen, denn der Kohl hatte schon vor der Einsetzung der Treuhandanstalt sie von aller Verantwortung für eventuelle Missetaten ausdrücklich losgesprochen. Darauf konnte sich nun jeder „Verantwortliche“ berufen. Sogar die Breuel tat es öffentlich. Gewiß, der Gestank in der Treuhand war nicht fortzuleugnen, unvermeidlich erreichte er auch den Bundestag. Kohls Regierung hingegen roch nichts. Nur mit Widerwillen gab [Kohl](#) dem Drängen nach, einen in solchen Fällen üblichen Untersuchungsausschuß des Bundestages einzusetzen, der den Anschuldigungen nachgehen sollte. Wie Huhn als Augenzeuge berichtet, war er eine Posse in typischer BRD Aufmachung: Viel Gerede, lange Beratungen, vergeßliche oder unmaßgebliche Zeugen. Es durften nur Zeugen aussagen, denen die Bundesregierung die Erlaubnis erteilte. „Gesamtdeutscher“ Bundeskanzler Kohl hatte auch diesmal für unangenehme Zwischenfälle Vorsorge getroffen! Diese Farce machte der SPD-Spitzenjurist [Otto Schily](#) ohne Widerspruch mit! Damit war, wie immer in der Bundesrepublik, alles ordentlich und rechtens geschehen. Die Musterdemokratie BRD macht eben nichts Böses (gegen ihre Nutznießer) möglich. Schilys Bundestagsausschuss fand nichts, das die Staatsanwälte beschäftigen würde.

Und die PDS, die ab zu noch lärmte, war ja nach der DDR Staatspleite selbst unglaublich. Die Kohl-Kumpane in allen Parteien schrien in solchen Augenblicken lauthals die ‚Genossen‘ mit dem trefflichen Argument von der maroden, untergegangenen SED-Republik nieder. Da fragte keiner mehr nach den Plünderern des Volkseigentums und seinen Helfern in Staatsstellungen.

Die vier oder fünf Millionen Erwerbslosen, die seitdem irgendwie in Deutschland überleben müssen, werden freilich bedauern, daß sie damals dem Kohl und seinem Versprechen glaubten, er würde jetzt „blühende Landschaften“ schaffen. Sie werden auch bedauern, daß sie dann, als sich die große Lüge herausstellte, nicht sogleich die Gewehre ergriffen hatten. Zu spät! Aber: [Haltet euer Pulver trocken!](#) Solche Gelegenheiten kommen wieder. Das liegt am kapitalistischen System. Nur: Will jemand dann noch so dumm sein und auf KPD, SED, PDS, Marxisten, Leninisten und sonstige Linksbetrüger hereinfliegen, die schon mehrmals geistig und politisch bankrott gingen? Daß ausgerechnet sie das Problem der kapitalistischen Volksausbeutung lösen können und wollen? Seid ehrlich, 'Ossis': Wie winzig war doch euer realer Arbeitsertrag im vollbeschäftigten Ostblock! **Rebelliertet ihr damals nicht, weil ihr besser leben wolltet**, zumindest so gut wie im Westen? [Aber dieser Westen hatte ja auch nur ein Ausbeutungssystem zu bieten.](#)

Sozialismus, Kommunismus haben die Chance gehabt, ihr Wirtschaftssystem durchzuführen. Es ist in der Sowjetunion nach 70 Jahren, in der DDR schon nach 44 Jahren zusammengebrochen. Nur Idioten laufen jetzt noch hinter solchen Mumien her.

Die Welt geht vorwärts: Wir blicken nur zurück, um aus Vergangenen zu lernen.

Neue Erkenntnisse haben wir allein zu bieten. Arbeitet mit, die Ausbeutung zu überwinden!

Der Freiwirtschaft gehört die Zukunft!